

Samstag, 15. Mai 2021, Münchner Merkur - Nord / Lokalteil

Machtlos

Geplanter Reitstall stößt in Grasbrunn auf Skepsis – doch Gemeinde kann ihn nicht verhindern

VON BERT BROSCH



Auf 6000 Quadratmetern Fläche will ein Landwirt den vierten Pferdehof in Grasbrunn bauen. Die Gemeinderäte waren sehr skeptisch, haben aber keine Möglichkeit, diesen zu verhindern oder zu verkleinern. Foto: Bert Brosch

Grasbrunn – In Grasbrunn gibt es bereits drei Pferdeställe mit Reitanlagen. Nun hat ein Landwirt den Antrag auf ein „privilegiertes Bauvorhaben“ für einen weiteren Reitstall mit 62 Pferden am Stefflweg gestellt. Das ist zu viel des Guten, finden einige Gemeinderäte. Sie sprachen sich im Bauausschuss gegen das Projekt aus. Doch all das wird nichts helfen, denn die Entscheidung über das Bauvorhaben trifft letztendlich das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) in Fürstenfeldbruck.

Das Projekt

Der Landwirt will eine große Anlage für bis zu 62 Pferde auf 6000 Quadratmetern im Außenbereich zwischen Steffl- und Neukeferloher Weg bauen: Pferdebewegungshalle mit Betriebshalle und zwei Personalwohnungen, Reitanlage, Wirtschaftsgebäude, Pferdeboxenstall mit zwölf Boxen, Bergehalle, Mistlege, Schüttgutlager, Offenstall mit Funktionstrakt, ein Reitplatz mit der Größe 40 auf 20 Meter sowie Longierhalle, Tribüne, Toiletten, 30 Auto-Stellplätze und zehn Anhängerstellplätze.

Die Bedenken

Zahlreiche Gemeinderäte äußerten von Anfang an ihren Unmut. Sie finden das Vorhaben viel zu groß, der Verkehr mit Anhängern werde dadurch in Grasbrunn enorm zunehmen. Die Grünen um Michelle Nelson lehnten den Bauantrag generell ab, „weil drei Pferdehöfe in Grasbrunn einfach reichen und das auf keinen Fall ein privilegiertes Bauvorhaben eines Landwirts ist, das ist für uns nur eine Sportanlage“, sagte Nelson. FDP-Ortsvorsitzender Oliver Knapp hatte im Vorfeld der Sitzung noch eine breite Beteiligung der Bevölkerung gefordert, nicht nur eine Entscheidung im Bauausschuss.

Die Faktenlage

Bürgermeister Klaus Korneder (SPD) musste vor der lebhaften Diskussion einige rechtliche Aspekte klären. „Wir haben in unserer Geschäftsordnung vom Mai 2020 klar festgelegt, welche Dinge wo behandelt werden müssen. Eindeutig fallen Bauanträge in den Bauausschuss und nicht in den Gemeinderat. Dort entscheiden wir nicht nur über Stabmattenzäune, sondern eben auch über Bebauungspläne und Anträge“, so Korneder.

Zum zweiten sei eine Bürgerbeteiligung in diesem Fall eines privilegierten Bauantrags völlig unsinnig. Privilegierte Bauanträge im Außenbereich seien Vorhaben, die einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienen, deren Erschließung gesichert ist und denen öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Unter Landwirtschaft fallen Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Flächen erzeugt werden

kann. „Wenn wir die Bürger beteiligt hätten, dann hätten wir ihnen suggeriert, sie könnten hier etwas mitentscheiden. Das ist aber nicht so“, unterstrich der Bürgermeister. Selbst die Gemeinde könne nur darüber urteilen, ob das gewünschte Baugebiet verkehrstechnisch erschlossen ist, ob Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung vorhanden sind. „Ob das ein privilegiertes Bauvorhaben ist, das in dieser Größe dort realisiert werden darf, das entscheidet alleine das AELF – nicht wir.“

Die Abstimmung

Mit großer Mehrheit nahm der Bauausschuss daher den Antrag nur zur Kenntnis, bat aber den Antragsteller, sein Vorhaben deutlich zu verkleinern und eine direkte Anbindung an die Kreisstraße M 25 zu bauen, damit der Verkehr nicht durch Grasbrunn rollt.

Die Grünen lehnten die Bauanträge ab. „Auch wenn wir nicht zuständig sind, so wollen wir gegenüber dem AELF und auch unseren Bürgern doch ein sehr klares Signal senden“, betonte Michelle Nelson.